

WOLFGANG WELSCH



**WIDER
STAND**

**EINE ABRECHNUNG
MIT DER SED-DIKTATUR**

Lukas Verlag

Welsch + Widerstand

Wolfgang Welsch

WIDERSTAND

Eine Abrechnung mit der SED-Diktatur

Lukas Verlag

© by Lukas Verlag
Erstausgabe
1. Auflage 2021
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D 10405 Berlin
www.lukasverlag.com

Lektorat, Umschlag, Layout und Satz: Lukas Verlag
Druck: Elbe Druckerei Wittenberg

Printed in Germany
ISBN 978-3-86732-392-5

Inhalt

EINFÜHRUNG	9
Zum Cover mit rotem Keil	9
DIE GEHEIMPOLIZEI UND IHRE SPIONAGEABTEILUNG	17
Die Struktur einer kriminellen Organisation	17
Die Hauptverwaltung Aufklärung	27
Mordpläne gegen Widerständige	34
IN DEN VERLIESEN DES MfS – MITTEL UND METHODEN DER STASI	39
Die Banalität des Bösen als wiederkehrendes Element in der Geschichte	39
Die Kriminalisierung von Widerstand	42
Kampfmaßnahmen gegen den Widerstand	46
Wie wird man Staatsfeind	50
Das Inquisitionsprinzip in MfS-Gefängnissen	54
Die Folter und ihre Folgen	60
Freikauf und Rehabilitierung	63
Exkurs: Rechtsanwalt Wolfgang Vogel	65
Widerstand in Haftanstalten	68
DER MARXISMUS ALS ERSATZRELIGION UND IDEOLOGISCHE BASIS DER SED-DIKTATUR	71
Die Hassbotschaft der sozialistischen Ideologie	71
Die Erziehung zum neuen Menschen	79
Hass – die verbrecherischen Methoden des MfS	84
WIDERSTAND GEGEN SED, MfS UND DIE DDR-DIKTATUR	89
Die Frage von Schuld, Mitschuld, Moral und Gewissen	89
Das Gewissen als innerer Gerichtshof der Menschen	89
Kirchen im SED-Staat –	
Anpassung und Kollaboration statt Widerstand?	97
Die Evangelische »Kirche im Sozialismus«	98
Die Katholische Kirche	103
Die Neuapostolische Kirche	105
Widerstand – Sozialismusreformer – Sozialisation	110
Praktische Erfahrungen des Widerstands	111
Was bleibt von der Revolution des Jahres 1989?	112
Exkurs: Das Memorandum	113

Über den Umgang mit MfS-Verbrechen und Glaubwürdigkeit	115
Definition von Widerstand	121
Die Verdrehung der Wirklichkeit	126
Die Verfolgten der SED	130
FLUCHT UND FLUCHTHILFE ALS WIDERSTANDSHANDLUNG	137
Gefangenenfrikauf und die Rolle der Täter	137
Fluchthilfe – Fallanalysen	140
Operative Bekämpfung der Fluchthilfe	145
Modalitäten der Fluchthilfe	149
Zersetzung und Liquidierung des Widerstands	150
Exkurs: Einsatz und Charakteristik von IM	153
Der Fall »de la Rosa«	153
Ermittlungen der Justiz	156
Der Fall Lenzlinger	164
Spezielle Kampfmaßnahmen des MfS gegen den Widerstand	168
Widerstand und Politik – ein Abgleich	172
Die Bedeutung von Schädigungsfolgen und ihre Restitution	178
DER UMGANG DER MEDIEN MIT WIDERSTÄNDIGEN HANDLUNGEN	185
Legitimation von Zersetzung und Liquidierung durch DDR-Medien	185
Exkurs: Die Zeitschrift »horizont«	185
Flüchtlingsproblematik aus Sicht der SED-Presse	193
Exkurs: Information und Desinformation	194
Die »Junge Welt« als Organ von MfS-Veteranen	197
DIE BEDEUTUNG DES WIDERSTANDS FÜR DAS ENDE DER DDR	203
Rückblick	203
Die Blindheit von Politik und Medien	206
Das Versagen der Volksparteien	210
Die Frage der Entspannungspolitik	212
Der Verrat der Intellektuellen	213
Wissen und Nichtwissen – Die Legende von der Opposition	219
Die Kunst der Anpassung	242
Die Problematik der Vereinbarkeit von Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit	247
Das Versagen des Rechtsstaates	248
Die Bestrafung der Täter	250
Vergangen, Vergeben, Vergessen?	256
Unzureichende Restitution der Betroffenen	269

DAS SCHEITERN VON GERECHTIGKEIT UND AUFARBEITUNG	275
Bilanz deutscher Gerechtigkeit	275
Das Ministergesetz und die organisierte Aktenvernichtung	280
Verfolgte NS-Opfer und SED-Opfer – eine Gegenüberstellung	286
Enteignung, Entschädigung und Vernichtung von Stasi-Akten	295
Die DDR, die SU und die Rolle der Bundesrepublik	300
Schlussstrich, Erledigen, Beenden – der späte Triumph der Stasi-Täter	306
Problematiken der Aufarbeitung	312
AUSBlick	323
ANHANG	
Anmerkungen	331
Abkürzungen	359
Ausgewählte Literatur	362

Einführung

Zum Cover mit rotem Keil

Der sowjetische Konstruktivist und Kommunist El Lissitzky benutzte 1919 den roten Keil für ein Propagandaplakat mit den Worten »Schlagt die Weißen mit dem roten Keil«. Diese radikale Kampfansage für Rotgardisten und damit für alle Kommunisten sollte zeigen, dass sie nur über Kampf und Vernichtung ihr Ziel erreichen könnten. In der Sowjetunion hinterließ diese Ideologie eine grausame Blutspur, deren Opfer keiner je zählen konnte. Für die SED-Führung und die DDR war die Sowjetunion das allergrößte Vorbild, nach dem Motto: »Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!« So gehörten für die Stasi der Begriff »Tscheka« – der ersten sowjetischen Geheimpolizei, die gegen die eigene Bevölkerung vorging – und deren Begründer, Feliks Dzierżyński, zu den Idolen ihrer konspirativen Morde und sonstigen Verbrechen. Stasi-Angehörige bezeichneten sich selbst als »Tschekisten«. Im Auftrag der SED bekämpfte die Stasi unerbittlich alles und jeden, das oder den sie als Gefahr für den Machterhalt einer Clique von Ex-Rot-Frontkämpfer und Altstalinisten hielt. Widerständige Menschen waren für sie eine besondere Gefahr, weshalb sie mit Psychoterror und Tod bedroht wurden. Der rote Keil wurde so zu einer Art Symbol für den Terror der Stasi, die mit allen Mitteln gegen Andersdenkende vorging, was tiefe Spuren hinterließ und bis heute nachwirkt. Die Kampfansage des roten Keils ist nicht gestorben. Sie lebt in ideologischer und personeller Kontinuität weiter in der Partei *Die Linke*, die rechtsidentisch ist mit der stalinistischen Kaderpartei SED (vormals KPD) und PDS¹, über die sie das »I« ihres in Großbuchstaben geschriebenen Logos den roten Keil gesetzt hat.²

Nach dem Fall der Mauer 1989, der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und der Auflösung der UdSSR 1991 war der Kommunismus zunehmend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten. Weniger die Ideologie, die Strategie und Taktik sowie die Organisationsformen des Kommunismus als die Bewältigung der Folgen kommunistischer Herrschaft beherrschen nun die Aufmerksamkeit der Politik, der Medien und der Bevölkerung.³ Aufklärung und Aufarbeitung sind weitgehend gescheitert. Der Widerstand wurde in der historischen Betrachtung marginalisiert, der Unrechtscharakter des SED-Staates geleugnet, eine fiktive Opposition glorifiziert und die Opfer der proletarischen Eschatologie aus dem Gedächtnis gestrichen. Dabei war es der Widerstand, der den Glauben an Freiheit und Einheit nie aufgegeben

hatte und letztlich zum Zusammenbruch des verbrecherischen DDR-Systems führte. Bei der Bekämpfung des Widerstands gab es seitens der SED-Machtelite weder Zurückhaltung noch Kompetenzprobleme. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war ein vielarmiges Monster, das in jeden Lebensbereich eindrang, Gegner gnadenlos verfolgte, einkerkerte und zuweilen ermordete. Der MfS-Spionageapparat, Fleisch vom Fleische des MfS, war darin ebenso eingebunden wie die willigen Spitzel und Denunzianten der Inoffiziellen Mitarbeiter. Fast vierzig Jahre wirkte diese Geheimpolizei nach den Regeln strengster Konspiration und größter Willkür. Zwar wusste jeder DDR-Bürger um deren Existenz, doch was sich dahinter verbarg, nach welcher Prämisse man arbeitete, blieb weitgehend im Dunkeln.

Das kommunistische System wurde in berechtigter Weise als eine totalitäre Welt der Unterdrückung rezipiert. Es ist auch nicht zu leugnen, dass kommunistische Regime, die sich ihrer geschichtlichen Legitimität sicher waren und sich auf die systematische, verborgene und offene Anwendung des Terrors gründeten, nie das Bedürfnis hatten, ihre Taten zu rechtfertigen.⁴ Deshalb ist eine genaue Beschreibung des Terrors, der auf vielfältige Formen des Widerstands stieß, mit allen individuellen und gesellschaftlichen Folgen, das Hauptanliegen dieses Buches. Das Schweigen und die stille Duldung des Unrechts müssen sichtbar werden. Aber auch der Mut und der Patriotismus von Menschen, die sich dem Unrecht entgegenstellten, die ihrem Gewissen folgten, die nicht Opfer bleiben wollten, weil die Bezeichnung »Opfer« Passivität unterstellt. Durch ihr widerständiges Verhalten von innen und von außen gaben sie ein Beispiel für Zivilcourage. Sie hörten auf ihr Gewissen und führten eine kompromisslose Auseinandersetzung mit einem nicht reformierbaren System. Dabei setzten sie ihre Freiheit, Unversehrtheit und oft ihr Leben ein.

Der SED-Staat befand sich in einem permanenten Kriegszustand, genannt Klassenkampf, der durch ihre Geheimpolizei bis in das »Operationsgebiet« getragen wurde. Hinter diesem Terminus verbarg sich nichts anderes als das durch Spionage, Entführung, psychischen Terror und Mordoperationen zu bearbeitende feindlich-kapitalistische Ausland. Das MfS war Produkt der Machtelite und dessen »Schild und Schwert«. Für die Untaten dieser kriminellen Organisation zeichnet deshalb die SED nicht minder verantwortlich.

Der Bau der Mauer stellte für die Verfolgungspraxis des MfS ebenso einen Einschnitt dar wie für die Menschen, die dem ausgeliefert waren. Aus dieser Situation gingen neue Formen widerständigen Verhaltens hervor: Flucht, Fluchthilfe und ein nachhaltiges Ausreisbegehren. Ein Staat, der seinen Bürgern das Recht der freien Ausreise durch Gesetz vorenthält, muss damit rechnen, dass seine Gesetze nicht respektiert werden, denn sie verstießen gegen die universalen Menschenrechte, verankert in der gleichnamigen Charta der Vereinten

Nationen. Hier greift das Recht zum Widerstand. Widerständige wurden von der Machtelite als Staatsfeinde verfolgt. Sie waren ein erhebliches Sicherheitsproblem für den SED-Staat, und für Sicherheit war das MfS zuständig. Der Historiker Wolfgang Schuller bemerkt, »dass zu diesen Widerständigen auch die politischen Häftlinge gehören, deren Taten in zivilisierten Staaten nicht strafwürdig sind.«⁵ Das Engagement weniger, die Widerstand leisteten, weil sie diesen als unausweichliche Gewissensentscheidung begriffen, hat einer ganzen Generation das geistige Überleben ermöglicht. Damals wurde man misstrauisch angesehen, als wollte man sagen, wo kommen wir denn hin, wenn jeder nach seinem Gewissen handeln würde. Charakter und Selbstachtung einer Nation zeigen sich aber darin, wie sie mit dem Widerstand und den Opfern der zweiten deutschen Diktatur umgeht.

Über dreißig Jahre später retardiert der historische Verdienst des Widerstands zur Folklore. Deutschlands gegenwärtige Gedenkkultur, die sich zugleich als konstitutive Staatspolitik gefällt und lange der machthabenden Achtundsechziger-Generation geschuldet war, verkommt zur asymmetrischen Empathie, die im Vergleich mit den Opfern des NS-Regimes bedeutet: ungleiche Empfindungskraft für die Leiden von Abermillionen Opfern des Gulag-Systems, das eben keine stalinistische Abweichung vom kommunistischen Weltreinigungsentwurf war, sondern seine logische Endkonsequenz. So logisch, wie der rassenmörderische Weltreinigungsversuch des NS-Systems für das besonders Auschwitz steht.

Der DDR-Schriftsteller Jürgen Fuchs bemerkte: »Was die Staatssicherheit mit politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen gegen wenigstens sechs Millionen Menschen in der DDR bewirkt hatte, war ein Auschwitz in den Seelen.« Um Zwang und Hass zu rechtfertigen, kann man beliebige Doktrinen haben, rassistische oder klassische, jedoch ist der Unterschied zwischen beiden Sozialismen zweitrangig, die Gemeinsamkeiten sind das Wesentliche. Die Konsequenz des ungleichen Empfindens den unschuldigen Opfern der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts gegenüber ist eine Gedenkpolitik, die aus einem selektiven und deshalb Pseudo-Humanismus resultiert, der sich vor allem im wissenschaftlich-universitären Raum, in politischen und konfessionellen Bildungseinrichtungen, in Medien und Sprachregelungen der Parteien ausgebreitet hat. Die vielen Häftlingsberichte, Untersuchungen über den Widerstand und publizistische Erinnerung der fünfziger und sechziger Jahre wurden seither eher als ein Produkt des Kalten Krieges denn als Informations- und Anklageschriften gegen ein totalitäres Regime verstanden. Kommunistischen Untaten gegenüber war und ist man teilweise noch immer in weiten Teilen der westlichen Gesellschaft nachsichtiger. Damit werden die Opfer Stalins und seiner osteuropäischen Satrapen ein weiteres Mal zu Opfern.

Ich bin überzeugt, dass die offene und versteckte Opfer-Hierarchisierung, wie sie sich in den zurückliegenden Jahren in Deutschland zu einer Art Staatsraison entwickelt hat, ihren entscheidenden Grund in der Verschüttung von historischem Wissen durch ideologisch motivierte Entwertungsverfahren hat. Deshalb stehen die Opfer wider die Republik der Opfer-Sortierer. Das Leiden der Menschen unter den vielen willigen Helfern der Folterer, Henker und Mörder wird dort nicht verstanden und mit Respekt gewürdigt, wo man die Opfer durch beschämende Entschädigungsverfahren und zynische Gesundheitspolitik ein zweites Mal entwürdigt, wonach ein Opfer des verbrecherischen Systems die Herkunft seines posttraumatischen Leiden beweisen muss. Mit der Hergabe von Almosen als Wiedergutmachung werden die Qualen von Millionen Menschen auf einen Lapsus der Geschichte reduziert.

Es haben sich zwei geschichtspolitische Lager gebildet: auf der einen Seite eine geistige (geistliche) Koalition evangelischer Theologen der vormaligen »Kirche im Sozialismus« als Hobbyhistoriker sowie linke Politiker und Geschichtsverklärer, die die stalinistische Gewaltherrschaft des SED-Staates als ungewollten Lapsus rehabilitieren und ihre eigene Rolle als vorgebliche Opposition glorifizieren. Dagegen stehen auf der anderen Seite die Historiker und Verfolgten, die eine Aufklärung der SED-Diktatur in den antitotalitären Konsens der Bundesrepublik integrieren wollen, die bislang dem NS-Gedenken vorbehalten blieb. Die Bewältigung und Aufklärung ihrer Handlungen ist aber erst dann gelungen, wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen so präsent ist wie die NS-Diktatur. Es war das Europäische Parlament, das 2005 eine Resolution annahm, in der das NS-Regime und die kommunistische Sowjetunion eine rechtlich identische Kennzeichnung erhielten: die »Tyrannei«. Die Gewalt an den Opfern hat dann einen Sinn, wenn sie Widerhall im Gewissen der Lebenden findet. Die Beschäftigung mit der Geschichte halte ich für einen unverzichtbaren Bestandteil menschlichen Lebens und bedeutet daher, nicht einfach nur persönlichen Interessen und Neigungen nachzugehen, sondern die grundlegende Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart anzuerkennen und zu thematisieren. Geschichte ist für jede Gesellschaft unumgänglich, da die Ausbildung individueller und kollektiver Identitäten ohne den Umgang mit der Vergangenheit nicht gelingen kann. Insofern bewahrheitet sich sowohl in wissenschaftlichen Kontexten als auch im täglichen Leben immer wieder, dass Orientierung in der Gegenwart ohne Kenntnis der Geschichte scheitern muss. Nur wer seine Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten, so der Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Roland Jahn.

Unter Beibehaltung objektiver Kriterien habe ich mich entschieden, die Perspektive des Überlebenden zu wahren, ungeachtet des Misstrauens, das der Historiker gegen eine derart persönliche Beweisführung hegen wird. Nach

Camus und Malamud ist der Überlebende ein Protagonist im klassischen Sinn. Indem er selbst am Leben bleibt und anderen das Leben erhält⁶, wird er zum erfolgreichen Kämpfer gegen die Ungerechtigkeit und das Böse.

Mit Blick auf die unglaublichen Leiden der Opfer gibt es keine wissenschaftliche Relativierung der Perspektive. Meine Abrechnung unternimmt den Versuch, den Widerstand in einen Zusammenhang zu stellen mit Ursache, Funktion und Folgen von Macht und Gewalt im SED-Staat. Darin bezeichne ich Verfolgte, Opfer und Täter und mache deren Verletzungen und Leiden deutlich. Es gilt, die Perspektive der Opfer einzunehmen und der verbreiteten Fama von den vielen, die angeblich gegen den SED-Staat handelten, die Fakten eines vielfach institutionalisierten Opportunismus entgegenzusetzen, im Osten wie im Westen. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht geht, ohne an Tabus zu rühren und gegen den Zeitgeist zu schreiben. IM und Stasi wurden als Erklärung für Unrecht verwandt, eine reine IM-Enttarnung als Aufklärung verstanden. Aber wirklich verstehen, wie es zur Diktatur gekommen ist und wie sie funktioniert hat, kann man so nur schwer.⁷

Unter Berücksichtigung einer Fülle von Quellen und Dokumenten, Zeitzeugenberichten von Verfolgten, Opfern, Historikern, Politikwissenschaftlern und schließlich meiner eigenen Erfahrungen als politischer Häftling und Soziologe versuche ich, das Wesen des Widerstands gegen den SED-Staat darzustellen, den nebulösen Begriff »Opposition« zu definieren, die brutalen Versuche der Stasi-Geheimpolizei, den Widerstand zu liquidieren, transparent zu machen und der Relativierung des Terror-Regimes der DDR entgegenzuwirken. Diese Untersuchung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist auch nicht meine Absicht, jeden Themenbereich erschöpfend darzustellen. Die Frage nach der ethischen Orientierung, nach Schuld und Verantwortung kann nicht allein aus der empirischen Wissenschaft heraus beantwortet werde. Der Leser soll sich nicht irreführen lassen. Mein langer Weg durch die Gefängnisse der Diktatur, der beharrliche Wille, mich dem Regime nicht zu beugen, kann die Darstellung der objektiven Bedingungen des Widerstands nicht schmälern. Auch kann er den Blick für die Zusammenhänge und Funktionsweisen von Macht und Gewalt nicht verstellen. Wer von klein auf in einer Diktatur lebte, liebt die Freiheit mit umso größerer Inbrunst.

Gegen die marxistischen Volksverderber sollte jede mögliche Form des Widerstands gewagt werden, war zumindest meine eigene Auffassung. Dabei kamen mir zum einen meine Erfahrungen als politischer Häftling⁸ zugute: Nahezu sieben Jahre war ich in Haft, überlebte sensorische Deprivation, Misshandlungen, Folter und Tötungsversuche. Jede Sekunde an diesem Ort war von unüberbietbarem Schmerz. Und zum anderen waren es nach meinem Freikauf in die Bundesrepublik die Erkenntnisse theoretischer Analysen als Doktorand

an einer hessischen Universität mit einem Forschungsprojekt über das Ministerium für Staatssicherheit sowie eine langjährige Praxis als Fluchthelfer.

Im Westen hatten willige Helfer der Stasi meine »Zersetzung«⁹ und Ermordung penibel vorbereitet. Drei Attentate überlebte ich. Das Erbe des Überlebenden hat seinen Ursprung in einem starken Bedürfnis, die Wahrheit bekannt zu machen. Ziel des Überlebens ist, »die Welt in Kenntnis zu setzen«.¹⁰ Ich werde die Wahrheit sagen, denn ich habe versprochen, sie zu sagen. Es ist meine Pflicht zu sprechen, ich will nicht Komplize sein.¹¹ Wenn ich sehe, wie die Politik den politischen Widerstand weitgehend ignoriert, wie sie Zehntausende Verfolgte und Opfer behandelt, wie die Bagatellisierer und Schönredner die Oberhand gewinnen und behaupten, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, kann und darf ich nicht schweigen. Deshalb stelle ich mich gegen Reformsozialisten, andere Utopisten und ihre Versuche, die historische Beschreibung widerständigen Verhaltens zu ignorieren. Vorherrschend verbreitete Rollenbilder über die Geschichte der Opposition in der DDR müssen aufgebrochen werden. Aufklärung macht keinen Sinn, wenn sie historische Gegebenheiten verschweigt. Etwas wissen ist nicht dasselbe wie etwas selbst erfahren. Schon Heinrich Heine wusste: Nur eine verletzte Auster produziert eine Perle. Wer sich heraushält aus den Händeln der Welt, die Hände sauber, das Gewissen rein, wessen Stimme nie im Schrei barst, aber gewichtige Bücher über Opposition und Revolution verfasst, der mag zierliche Pirouetten drehen: Es bleibt Yoghurt-Literatur, die das Verfallsdatum schon auf dem Buchumschlag trägt.

Die Verbrechen der Diktatoren des zwanzigsten Jahrhundert ähneln sich erschreckend, schreibt Hans-Henning Paetzke, sie unterscheiden sich lediglich in der Vorgehensweise, in der Strategie des Mordens, in der technischen Realisierung des Tötens. Die einen morden, um der Einheit der Idee willen, wieder andere lassen Millionen Menschen krepieren, um eine Homogenität des Denkens zu gewährleisten. Über allem aber stehen Omnipotenzfantasien, Rache für frühkindliche Verletzungen und die Angst vor dem eigenen Tod. Die Macht der Kommunisten in Europa ging ihrem Ende entgegen. Sinnlos all das Morden über Jahrzehnte hinweg, Sinnlos all die Repressalien. Sinnlos all die ideologisch verbrämten sozialistischen Volksbeglückungsstrategien. Das Volk lässt sich in einer wie auch immer gearteten Diktatur nur durch Staatsterror und Unterdrückung bei der Stange halten. Liberalisierungstendenzen führen unweigerlich zum Verfall diktatorischer Macht.¹²

Der überdimensionale Schrecken des Nationalsozialismus hat in Deutschland zu einer unverdient milden Beurteilung des SED-Staates geführt. Aber nur weil die zweite deutsche Diktatur keinen Genozid begangen, keinen Weltkrieg angefangen hat, waren die Vollstrecker nicht automatisch besser als

ihre Kollegen von der Gestapo. Unrecht bleibt Unrecht. Das wiedervereinigte Deutschland hätte deutlich machen müssen, dass das Ministerium für Staatssicherheit eine verbrecherische Organisation war.

Nach 1945 dauerte es drei Jahrzehnte, bis größere Teile der Bevölkerung bereit waren, die Verbrechen der NS-Diktatur zur Kenntnis zu nehmen, nachdem das Thema jahrzehntelang verdrängt worden war. Ähnliche Erfahrungen machten die politischen Gegner des SED-Regime. Wurden sie anfangs noch als Helden geehrt, erlosch das Interesse, als die Durchsetzung einer angekündigten angemessenen Entschädigung für ihre unglaublichen Leiden anstand.

Parallel dazu wird das Thema »SED-Diktatur« in Schulbüchern aller Schultypen und Bundesländer auf nur wenigen Seiten, historisch teilweise nicht haltbar, abgehandelt. Man könnte annehmen, die Politik lade zum Vergessen ein. Dazu kommt, dass die Mehrheit der Verlage an der gesellschaftlichen Brisanz und Priorität dieses Themas nicht interessiert sind. Wenn ich jedoch an die Folgen und Traumata von physischen und psychischen Misshandlungen politisch Verfolgter denke, dann ist jedes Wort, jede Zeile von jenen, die überlebten, von unschätzbare Bedeutung. Leben heißt, etwas riskieren, hinfallen und wieder aufstehen. Vier von fünf Bundesbürgern halten die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur weiterhin für wichtig. Fast 60 Prozent teilen die Überzeugung, dass die Diktaturaufarbeitung die Demokratie in Deutschland stärkt.¹³ Genau deshalb habe ich dieses Buch geschrieben.

Ich danke den ungenannten Historikern, Politikwissenschaftlern und Psychologen für ihren Sachverstand in Zeugnissen, Schriften und Büchern. Ich danke den Verfolgten, Widerständigen, Opfern und dauerhaft Traumatisierten für ihren Mut, ihre ungebrochen geistige Resilienz und ihr andauerndes Verlangen nach Wahrheit und Gerechtigkeit. Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Wolfgang Seiffert und Prof. Dr. Günter Seidler für die positiven Impulse zu dieser notwendigen Arbeit.

Sinsheim, im Juni 2021

Wolfgang Welsch

Die Geheimpolizei und ihre Spionageabteilung

Wir haben niemals getötet.

W. Großmann, MfS/HVA-Chef, zum Autor 2001

Hinrichten, wenn nötig auch ohne Gerichtsurteil.

E. Mielke, MfS-Chef, Kollegiumssitzung 1982

Struktur einer kriminellen Organisation

Als sich am 22. Mai 1964 zum ersten Mal die Tore einer Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit für mich schlossen, hatte ich den ersten Kreis der Hölle betreten. Die Stasi, wie die Geheimpolizei der »DDR« hinter vorgehaltener Hand genannt wurde, war mir unbekannt. Ebenso wenig wusste ich, was mich erwartete, nur, dass mein Fluchtversuch gescheitert war, Soldaten des »friedliebenden Arbeiter- und Bauernstaates« mich beleidigten, schlugen, Handschellen anlegten und Maschinenpistolen auf mich richteten. Ganz unverhofft sah ich mich einer Gewalt ausgeliefert, die ich nicht für möglich gehalten hatte. Jahre zuvor, die Berliner Sektorengrenzen wurden am 13. August 1961 geschlossen und die Mauer gebaut, beschloss ich, meine verlorene Freiheit durch Flucht zurückzugewinnen. Hieraus kristallisierte sich der Plan, die innerdeutsche Grenze bei Boitzenburg/Elbe mit einem westdeutschen Personalausweis zu passieren, den ich mir vor dem Mauerbau im Westen hatte ausstellen lassen.¹⁴ Dass dies ohne begleitende Papiere nicht ausreichen würde, war mir auf Grund der allgemein dürftigen Informationslage nicht bekannt. Nach der unerwartet brutalen Festnahme lernte ich als erstes, dass ich recht- und schutzlos war, gewissermaßen vogelfrei, ein Leibeigener, den man behandelte wie einen entlaufenen Sklaven. Eine Erkenntnis, die meinen Entschluss zur Flucht im Nachhinein bestätigte, auch wenn er fehlgeschlagen war. Welcher jahrelangen Gewalt und Todesnähe ich fortan ausgesetzt sein würde, ahnte ich nicht im Mindesten. Die jahrelangen Torturen haben mich nachhaltig traumatisiert und veranlasst, den Ursachen und Mechanismen der Gewalt im SED-Staat nachzugehen.¹⁵

Das SED-Regime bestand im Wesentlichen aus dem Machtapparat der Partei und ihrem Schutz- und Repressionsinstrument, dem Ministerium für Staatssicherheit, auch Stasi genannt. Das MfS war sozusagen die Sicherheitszentrale der kommunistischen Partei der SED. Sie entwickelte das MfS als »Schild und Schwert der Partei« zum Schutz ihres totalen Herrschafts-

anspruches zu einem Macht- und Überwachungssystem mit neunzigtausend offiziellen Mitarbeitern und hundertachtzigtausend Inoffiziellen (IM). Das ist in der Geschichte ohne Beispiel.¹⁶ Das politische System der »DDR« war eine Diktatur, nämlich die der vormals kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der zwangsvereinigten Ost-SPD zur SED. Die SED-Polit-Elite erhob ihr Regime selbst zur »Diktatur des Proletariats«. In ihrer Verfassung definierte sich die DDR als »sozialistische Republik«. In ihr gab es kein unabhängiges Rechtswesen, keine Gewaltenteilung. Wesentliche Elemente des Rechtsstaatsprinzips wie Unparteilichkeit des Rechts, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Kontrolle durch unabhängige Gerichte, Gewaltenteilung und Bindung an Menschenrechte oder sonstige Grundrechte fehlten.¹⁷ 1958 etablierte sich der Unrechtsstaat endgültig, als die Verwaltungsgerichte abgeschafft wurden. Für den Beschwerdefall blieb nur die Eingabe wie in einem feudalistischen System. Die leninistisch-strikte politische Instrumentalisierung von Recht führte dazu, dass die Rechtspflege in der DDR zu einem Instrument politischer Parteilichkeit umfunktioniert wurde.¹⁸ Demzufolge war sie ein Unrechtsstaat.¹⁹

Zwischen 1962 und 1989 wurden insgesamt 33 775 politische Häftlinge an den erklärten Todfeind, die sogenannte »kapitalistische BRD«, wahlweise »Bonner Ultras«, zu Preisen zwischen 40 000 bis 120 000 DM verkauft. Millionen Devisen, die im DDR-Staatshaushalt fest verplant waren. Der Marktwert der verkauften Menschen richtete sich hauptsächlich nach der beruflichen Ausbildung sowie nach Höhe der Strafe, die ausgerechnet worden war.²⁰

Nicht von ungefähr hebt der zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossene Einigungsvertrag vom 31. August 1990 in Artikel 17 ausdrücklich auf das »Unrechtsregime« in der DDR ab. Denn das MfS war nicht nur der Geheimdienst der Diktatur, sondern als Geheim- und Ideologiepolizei auch ein Terrorinstrument der spätstalinistischen Diktatur. Als »Organ der Rechtspflege« war sie in ihrer Aufgabenstellung und Zielsetzung zur Verfolgung des politischen Widerstands durchaus mit der nationalsozialistischen Gestapo zu vergleichen: Gegner des Regimes aufzuspüren, zu neutralisieren oder zu zersetzen und zu vernichten. Das MfS konspirierte gegen die eigene Bevölkerung in der DDR als Geheimpolizei. Dieser Bezugspunkt ist bei Verwendung der Darlegungen zum MfS als Geheimdienst der DDR zu bedenken, unterschieden sich doch alle kommunistischen Dienste gerade durch eine geheimpolizeiliche Option im weltweiten Spektrum konspirativer Organisationen grundlegend von anderen Diensten etwa westlicher Provenienz.²¹

Es sicherte nicht nur den Staat, sondern vor allem die Macht der Partei, die den Staat vollkommen usurpiert hatte. Die Stasi war praktisch in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. Es gab nichts, was sie nicht kontrollierte.

Jeder Bürger wurde als potentiell Sicherheitsrisiko für den Machtanspruch der Partei betrachtet. Sie selbst unterlag keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Unter der Devise »Sicherheit geht vor Recht« waren der Willkür und dem psychologischen Terror keine Grenzen gesetzt. Auch dies das unübersehbare Merkmal eines Unrechtsstaates.

Der Psychologe Hans-Joachim Maaz schreibt dazu: Die Macht der Stasi beruhte auf Angst, latente Angst. Darunter versteht die Psychotherapie einen unbewussten seelischen Spannungszustand, der aus unbefriedigten Grundbedürfnissen und verbotenen Gefühlen besteht.²² Indem sie das Unrecht systemisch organisierte und verwaltete, wurde jedes Verbrechen möglich, das den Machterhalt sicherte. Die Stasi konnte Untersuchungshaft in eigens eingerichteten, teilweise geheimen Gefängnissen veranlassen. Von ihr ermittelte politische Verstöße waren Rechtswahrheit. Allein die Untersuchungshaft war ein »Beweis« im Sinne von Rechtskraft. Die gleichgeschaltete Justiz setzte die gewünschten Maßnahmen der Anklage in Urteile um. Der Geheimdienst, namentlich die Ermittlungs- und Untersuchungsorgane, zeichneten für die politische Strafjustiz in der DDR verantwortlich. Sie waren der operativ bedeutende Dreh- und Angelpunkt in politischen Strafsachen, in denen über ganze Lebenswege von Menschen zu befinden war.²³

Die Stasi ließ politische Häftlinge in ihren Gefängnissen misshandeln und foltern, sie ließ zwangsweise abtreiben oder nach rechtsformalistischen Urteilen, die von Rache bestimmt waren, hinrichten. Unrechtssysteme lassen sich nur mit Unrecht errichten und durch Unrecht erhalten. Zum politischen Interesse der SED-Machtelite gehörte es, möglichst viele Menschen für ihre Ziele zu instrumentalisieren und dadurch in kriminelle Handlungen zu verwickeln, um so das Machtmonopol der Partei zu stabilisieren. Es galt die Regel: Je größer die für die Erfüllung von Absichten der Machthaber eingesetzte Energie, desto geringer die Wahrscheinlichkeit der Flucht in den Westen oder des Widerstands gegen das System. Je mehr Mittäter, je mehr Angepasste, umso gesicherter war das Unrechtssystem. MfS-Chef Erich Mielke bestätigt: »Man muss solche jungen Tschekisten heraussuchen, herausfinden und erziehen, dass man ihnen sagt, du gehst dorthin, den erschießt du dort im Feindesland. Da muss er hingehen und selbst wenn sie ihn kriegen [sic], dann steht er vor dem Richter und sagt: ›Jawohl, den hab' ich im Auftrag meiner proletarischen Ehre erledigt! So muss es sein! Das sind die Aufgaben der FDJ.«²⁴ Daraus ist zu konstatieren: Das MfS war eine kriminelle Vereinigung.

Offiziell wurde das Ministerium für Staatssicherheit am 8. Februar 1950 als Staatssekretariat für Staatssicherheit gegründet und war in seiner Anfangszeit auf die Funktion der Gewährleistung innerer staatlicher Sicherheit beschränkt, Spionageabwehr und Gegenspionage eingeschlossen. Erst Anfang September

1951 wurde der Außenpolitische Nachrichtendienst (APN) gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte Markus Wolf, späterer Chef der DDR-Auslandsspionage. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des APN lag in der Sowjetunion die Funktion der außenpolitischen Spionage beim sogenannten Komitee für Information (KI) des Ministerrates der UdSSR, das gleichfalls unmittelbar dem Außenminister unterstellt war. Das KI war Ende 1947 auf Vorschlag Molotows²⁵ aus dem bis dahin zum Staatssicherheitsministerium (MGB) gehörenden Auslandsnachrichtendienst und der Hauptverwaltung des Militärischen Geheimdienstes beim Generalstab der Streitkräfte (GRU) gebildet worden. Der militärische Aufklärungsteil dieses kombinierten Dienstes wurde Mitte 1948 wieder dem Generalstab unterstellt.

Als der damalige Außenminister der UdSSR, Wyschinski, Ende 1951 dem Druck von Stalins Staatssicherheitschef Berija nachgeben musste und die Wiedereingliederung des zivilen Aufklärungsapparates der Sowjetunion in dessen Zuständigkeitsbereich erfolgte, war auch für den APN die Vorentscheidung getroffen, sich mit dem Staatssicherheitsministerium zu vereinigen. Getreu dem Vorbild, »von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen«, geschah dies mit dem APN auch in der DDR. Der bis dahin zivile Dienst wurde in den Staatssicherheitsdienst der DDR integriert. Markus Wolf, ab 1956 im Rang eines Generalmajors, wurde Leiter der Hauptabteilung XV, in der die APN aufging. Die besondere Stellung dieser Hauptabteilung, später Hauptabteilung Aufklärung (HV A) genannt, wurde nochmals unterstrichen, als Wolf, bei Beibehaltung seiner alten Dienststellung, zu einem der Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit ernannt wurde. Eine strikte Trennung der Arbeit nach außen und nach innen gab es hinfort nicht mehr, obwohl die Chefs der HVA, Wolf und dessen Nachfolger Großmann, in ihren Veröffentlichungen den Eindruck erwecken, Spionage im Ausland sei etwas völlig anderes, als Teil der Repression im Inland zu sein. Auch Abwehreinheiten hatten das Recht, ihre Aktivitäten auf Räume außerhalb der DDR, insbesondere auf westliche Staaten – hier vor allem die Bundesrepublik und Westberlin – auszudehnen, wenn sich dafür operative Erfordernisse aus dem zugewiesenen Sicherungsauftrag ergaben oder die Logistik konkreter Abwehraufgaben dies erforderte.²⁶

Die dazu erforderliche enge Zusammenarbeit von Aufklärung und Abwehr zieht sich durch viele Grundsatzdokumente, Dienstanweisungen und Parteibeschlüsse bis hin zu den Lehrmaterialien der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam. In deren Studienmaterial »Die Organisation der Zusammenarbeit« heißt es unmissverständlich: »Daraus ergibt sich als Aufgabenstellung für das MfS, Feindorganisationen im Operationsgebiet eindeutig zu identifizieren, den Nachweis zu erbringen, dass feindlich-negative Kräfte in der DDR zu entsprechenden Handlungen durch entsprechende Kräfte aus dem Operations-

gebiet inspiriert werden und durch die Bereitstellung operativ bedeutsamer Informationen sicher politische Entscheidungen zu ermöglichen. Aus all dem erwächst das Erfordernis, ein einheitliches und abgestimmtes Handeln von operativen Kräften der Abwehr und Aufklärung zur Abwehr dieser Angriffe und zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit zu organisieren, und führt demzufolge mit zwingender Notwendigkeit zur verstärkten Zusammenarbeit der entsprechenden Dienstseinheiten.«²⁷ Der Journalist Klaus Behling fasst zusammen: »Der schwer verständliche Wortbrei hat im Grunde eine simple Botschaft: Der reale Sozialismus in der DDR ist so gut, dass eigentlich niemand dagegen sein kann. Da es aber nun doch einige gibt, die ihn nicht mögen, müssen sie aus dem Westen gesteuert sein. Um diese Leute bestrafen zu können, müssen wir wissen, wer die Fäden im Westen zieht. Diese Informationen sollen die Spione beschaffen, und wenn dann alle richtig gut zusammenarbeiten, können die Feinde im eigenen Land vernichtet werden.«²⁸

Das Tarnen der Beteiligung der HVA an der inneren Unterdrückung in der DDR ist mit dem Vernichten personenbezogener Akten ab Ende 1989 lange nicht erledigt. Auch das Vernichten anderer Akten wird an der Entzauberung der »Diktatur des Proletariats« nichts ändern, an die sich der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs (Stellvertreter Dr. Bernd Findeis alias IM »Erich«²⁹, mit Eppelmans Familie verbandelt) und letzter Abrüstungsminister im Kabinett de Maizière, Rainer Eppelmann, später zum Vorsitzenden des Vorstands der »Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur« avanciert(!), aus Überzeugung beteiligt hat.³⁰

Den Widerstand hätten die Genossen ohnehin nicht täuschen können. Er hatte zu keinem Zeitpunkt rosarote oder andersfarbene Illusionen über den verbrecherischen Charakter der SED und ihrer Prätorianer. Deshalb war auch die Ausreisebewegung keine Bürgerrechtsbewegung, sondern widerständiges Verhalten, weil sie eine Totalabsage an das Regime bedeutete. Auch die spätere Aussage des »Tschekisten« und Spionagegenerals Wolf, wie auch seines Nachfolgers Großmann, die HVA hätte nichts mit Operationen zur Liquidierung von Gegnern im Westen zu tun gehabt, ist spätestens mit der Verschlussache der Juristischen Hochschule des MfS zur Liquidierung von Gegnern als Lüge und Desinformation entlarvt.

Millionen Menschen wurden Opfer der SED-Diktatur. Etwa vier Millionen flohen aus der DDR. Für sie war die Diktatur der SED, waren die ständige Unfreiheit und Heuchelei unerträglich. Erziehung zum Hass, Zersetzung, Entführung, Mord und so fort waren gängige Arbeitsmethoden der SED-Geheimpolizei.³¹ Wer blieb, konnte sich dem permanenten Druck der Diktatur und ihrer allgegenwärtiger Indoktrination in der Regel nicht entziehen. Recht wurde in der DDR zur Beliebigkeit. Nach 1990 unterließ es die Justiz der Bundes-

republik, das Ministerium für Staatssicherheit zur kriminellen Organisation zu erklären. Was sie aber zweifellos war. SED/MfS-Täter wurden nur in seltenen Ausnahmefällen bestraft. Sie bildeten fortdauernd das entscheidende Wähler- und Handlungspotential der SED-Nachfolgepartei PDS. Zwar bekräftigte die oberste Verfassungsrichterin, Jutta Limbach, dass »das einen Schuldvorwurf gegen Menschen formulierende Strafrecht weder dazu gemacht ist noch dazu taugt, mit einem verbrecherischen Regime abzurechnen«³², und erklärte wenig später, dass das Ministerium für Staatssicherheit doch nicht zu dem Zwecke gegründet wurde, um Verbrechen zu begehen. Aber genau das traf zu. Ein fatales Beispiel juristischer Naivität und vollkommener politischer Unkenntnis. Fest steht, es gehörte beim MfS zum Alltag, Straftaten zu planen und zu begehen.

Während bei den politischen Eliten der Bundesrepublik nach wie vor Unklarheit über den Charakter des MfS besteht, wie die zitierte Aussage deutlich macht, haben alte Seilschaften der SED und ihres Repressionsapparates längst Entscheidungspositionen in Politik, Rechtswesen, Wirtschaft und Kultur eingenommen. Sie sabotieren den Aufbau Ost mit allen Kräften oder missbrauchen ihn für eigene wirtschaftliche Zwecke. Sie sitzen in den Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag. Nach wie vor ist ihr Ziel ein Systemwechsel.³³

Die moralische Kraft des Widerstands gegen das unmoralische SED-Regime wird dagegen nicht nur nicht genutzt, sondern ausgegrenzt. Die ehrenwerte öffentliche Anerkennung der wenigen Bürgerrechtler blieb dem größten Teil der SED-Verfolgten bislang versagt, obwohl sie ungleich wichtiger für den Zerfall des kommunistischen Systems waren als die Vorgenannten. Für diese Betroffenen war es weit gefährlicher und schwieriger, aktiven Widerstand vor der »Wendezeit« zu leisten; und das im gesamten Zeitraum der kommunistischen Diktatur von 1949 bis 1989. Der frühere Bundeskanzler Kohl erklärte 1996: »Wer einmal die Käfige von Bautzen gesehen hat, den lassen diese Bilder nicht mehr los. Wir haben das nicht vergessen. Die, die sich der Diktatur mutig entgegengestellt haben und dafür ins Gefängnis gingen, die Widerstand leisteten, sind uns [...] willkommen.«³⁴ Lange hat es gedauert, bis Widerständige von der politischen und medialen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Roland Jahn, der noch in der DDR der Jenaer Jugendopposition angehörte und später vom Westen aus aktiv Widerstand leistete, ebenso wie Siegbert Schefke und einige Fluchthelfer wurden mittlerweile mit dem BVK ausgezeichnet. Trotzdem werden sie meist fast synonym mit den erst spät entstehenden Oppositionsgruppen in einen Topf geworfen.

Ein Individuum kann kaum eine selbstbewusste und kritische Persönlichkeit entwickeln, wenn es unmündig gehalten wird, sich ständig misstrauisch beobachtet fühlt und zudem seinen Lebensweg mit ihm unbekanntem Fallen

gespickt weiß, in die es ahnungslos stolpern kann. In genau dieser Situation befanden sich aber die meisten DDR-Bürger zeit ihres Lebens, wenn eine solche Feststellung inzwischen auch gerne abgewiegelt wird. Sie lebten unter dem Druck einer vollkommenen Vertrauenslosigkeit und einer permanenten Rechtsunsicherheit, wie sie in den letzten zweihundert Jahren bis zur NS-Zeit in Deutschland nicht üblich war. DDR-Bürger wurden von ihrem Staat im Allgemeinen als unmündige Kinder betrachtet und auch entsprechend behandelt. »Der SED-Staat selbst verhielt sich kriminell, da er die von ihm selbst eingesetzten Rechte im speziellen Falle nicht befolgte und einhielt oder bewusst brach.«³⁵

Angehörige des MfS verstießen nicht nur täglich und stündlich gegen internationale Menschenrechte und geltendes DDR-Recht, sie lehrten auch ihre Mitarbeiter, wie man Rechtsvorschriften entweder umging, oder häufiger, dass geschriebenes Recht für die Geheimpolizei bedeutungslos war. Das Ausmaß der Zerstörungen, die das »Schild und Schwert der Partei« im Interesse einer selbst definierten Sklavenmoral den Menschen zufügte, äußert sich noch heute durch eine Vielzahl von Traumata.

Vorrangige Aufgaben des MfS waren die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und der über die Jahre hinweg ständig verstärkte Schutz der DDR, was Machtsicherung der SED meint, vor allem gegenüber wie auch immer gestalteten Angriffen »imperialistischer« (was hieß: nicht-sozialistischer) Kräfte und gegenüber Menschen, die als Helfer dieser Feinde des Sozialismus eingeschätzt wurden, eine Einschätzung, die allein das MfS nach subjektiven Kriterien traf. Nahezu vierzig Jahre wirkte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR im Verborgenen, im Schatten strengster Konspiration. Zwar wusste wohl jeder DDR-Bürger um die Existenz dieser Geheimpolizei, auch ließ sich die Nutzung weitläufig abgesperrter Bürokomplexe kaum verheimlichen, doch was hinter den Absperrungen vor sich ging, entzog sich der Kenntnis. Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Stasi blieben weitgehend unbekannt.

MfS-Minister Erich Mielke brachte in einer Rede anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Lenin-Orden im Dezember 1973, die er als Anerkennung des Kampfes aller Diensteinheiten des MfS wertete, das internationale Anliegen der Stasi unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus so zum Ausdruck: »Die Partei hat uns erzogen und in die Lage versetzt auf der Grundlage des Marxismus/Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Schulter an Schulter mit unseren sowjetischen Genossen und Freunden den Kampf um die zuverlässige Sicherung des Sozialismus erfolgreich zu führen und die Machenschaften des Feindes konsequent und kompromisslos zu zerschlagen.«³⁶ Die Berufung auf den Marxismus/Leninismus war das ideologische Fundament der Macht. Was aber war Marxismus, was wollte

Marx? Er verzichtete z. B. ausdrücklich darauf, Moral zu predigen, und fühlte sich auch sonst an keinerlei Moralvorgaben gebunden. Für ihn und Engels war das Postulat der Nächstenliebe nur Anlass, um sich zu mokieren. Hass, Verachtung anderer, Hohn und Spott, Racheschwüre, ja Terror und Mord, also die extremsten Gegensätze von Liebe, werden ausdrücklich bejaht. Wer Marx und Engels geistige Väter des Terrorismus nennt und ihnen die Verherrlichung von Mordtaten vorwirft, tut ihnen kein Unrecht, nimmt sie nur beim Wort.³⁷

So scheint es natürlich, dass die wichtigste und rücksichtsloseste Rolle bei der Durchsetzung der Ziele der SED-Parteiführer (und dabei vor allem des Erhalts ihres Machtmonopols) deren Geheimpolizei spielte, deren Mitarbeiter sich in sowjetischer Tradition als »Tschekisten« verstanden. Ihr »Roter Terror« trug zur blutigen Konsolidierung des Sowjetsystems auf deutschen Boden bei. Dabei scheuten sie kein Verbrechen, wenn es im Interesse der Parteiführer lag. Immer gilt es zu beachten: Das MfS war das Produkt und das wichtigste Werkzeug der SED-Spitze. Es gab vor, die marxistisch-leninistische Idee zu verteidigen und ihre Verbreitung zu fördern, aber die angebliche Verteidigung der Ideologie war nur Verteidigung der Macht der SED durch Destruktion. Grundsätzlich hatte das MfS alle Maßnahmen im Kampf gegen äußere und innere Feinde so zu gestalten und umzusetzen, dass sie dem Schutz und der Durchsetzung der Politik der Staatspartei SED maximal entsprachen.³⁸ Das galt ebenso und besonders der HVA. Kurz nach seiner Ankunft in Deutschland entschlüpfte Ulbricht im Mai 1945 der entlarvende Satz »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.« So wurde die kommunistische Diktatur vorbereitet.

Wir müssen versuchen, der Wahrheit möglichst nahe zu kommen – durch objektive Informationen und Quellen. Beispielsweise um herauszufinden, was das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war, welche Pläne und Absichten die kommunistischen Herrscher und Weltverbesserer, die Wiedergänger und Schöpfer eines »neuen Menschen«, die Avantgarde der Arbeiterklasse, die Partei, die immer recht hat, weil sie den »wissenschaftlichen Sozialismus« Marx'scher Prägung als absolute Wahrheit huldigt, die Diktatur des Proletariats, vulgo die Kommunisten mit Rot-Front-Vergangenheit und ihre Adepten wirklich hatten, die sich dieses Instrument zur Sicherung ihrer Herrschaft schufen, muss man in die Strukturen, Aufgabenstellung und Absichten dieses Unterdrückungsapparates eintauchen.

Bis zum Untergang der DDR überzogen die MfS-Dienststellen flächendeckend das Land. Über neunzigtausend Personen arbeiteten 1989 hauptamtlich für das MfS, weitere etwa hundert-siebzigttausend als Inoffizielle Mitarbeiter (IM), davon rund tausend-fünfhundert Jugendliche unter achtzehn Jahren.

Mielkes Schattenarmee folgte seinem Befehl: »Genossen, wir müssen alles wissen.« Vor allem aber die Berichte der Verfolgten im Kontext zu diesen beweiswerten Überbleibseln der Diktatur vermittelt uns ein Bild des »realen Sozialismus«. Erst wenn man einzelne Zusammenhänge und Auswirkungen ihrer Arbeit analysiert und deren Folgen für die Menschen sichtbar macht, kann es gelingen, der Wirklichkeit näher zu kommen, den Verfolgten und Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Hilfreich dabei waren und sind die Unterlagen und Akten der BStU in Berlin, aber auch die eigene Präsentation des SED-Staates in der Öffentlichkeit durch die überkommenen DDR-Quellen.

Wer war Verfolgter? Ein Verfolgter war immer ein Opfer von aktiven, das heißt operativen Maßnahmen des MfS und damit letztlich der SED-Machtelite. Verfolgte waren diejenigen, die diktatorischer Willkür ausgesetzt waren, die ihr Leben durch Handlungen gegen das System verloren oder aufs Spiel setzten, denen eine Aus- und Weiterbildung verweigert wurde, die man am Besitzerwerb hinderte oder die ihren Besitz verloren. Es waren diejenigen, die sich einer bewussten Konfrontation mit dem System stellten. Viele wurden erst durch repressive Maßnahmen staatlicher Stellen zu potenziellen Gegnern. Sie wurden verhaftet, obwohl oder weil sie unschuldig waren, weil sie mit dem Bösen keine gemeinsame Sache machen wollten. Hunderttausende aus politischen Gründen verhängte Haftstrafen waren ebenso die Folge wie Zwangsadoptionen und Zwangsabtreibungen. Es gab hunderte Tote an der Grenze, geheime Todesurteile wurden erlassen und vollstreckt. Die Verfolgung ging über Mauer und Grenzen hinweg. Auf höchster Ebene wurde die Liquidierung von Fluchthelfern befohlen. Eine subtilere Methode der Verfolgung war die »Zersetzung« des Gegners, zum Beispiel durch das Ausstreuen von Gerüchten und Verleumdungen. Insgesamt gab es in vierzig Jahren DDR über achthunderttausend Häftlinge, davon mindestens zweihunderttausend politische. Daneben gab es die Masse, die so tat, als sähe sie nichts.

Wenden wir uns der Problematik von Opfern und Tätern der Diktatur zu, um die Mechanismen des Terrors verstehen zu können. Obwohl das MfS nicht mehr existiert, organisieren sich viele der früheren Mitglieder in Internet-Foren, publizieren geschichtsfälschende Bücher und beleidigen ihre Opfer auf öffentlichen Veranstaltungen. Ihren Seilschaften steht ein gefährliches Täterpotenzial zur Verfügung: ehemalige Agenten, Killer und Elitekämpfer der osteuropäischen Geheimdienste, die während und nach dem Zusammenbruch der DDR ein Untergrundnetz aufbauen konnten.³⁹

Einen eklatanten Eingriff in die Lebensläufe und Lebensperspektiven der Ostdeutschen nahm der von Honecker organisierte Mauerbau vom 13. August 1961 (Aktion »Rose«) ein. Von außen betrachtet glich er einem Schlag ins Wasser, der noch dazu ohne Reaktion blieb. Eine staatliche Zwangsmaßnahme ohne

Beispiel wurde über Nacht verhängt, die die Menschen zu Gefangenen, zu Zwangsbeteiligten und Probanden eines gesellschaftspolitischen Experiments ohne eigene Beteiligung machte. Die psychischen Folgen des brutalen Eingriffs sind bis heute nicht abzusehen. Kritische Reaktionen, Ablehnung oder Protest wurden rigide geahndet. Widerstand wurde überwiegend von denen geleistet, denen das eigene Gewissen keine Wahl ließ, deren Kampfkraft sich an der wütenden Spannung zwischen dem Wunsch, aufrecht zu bleiben, der Weigerung, sich aufzugeben oder in irgendeiner Weise Teil eines Systems zu werden, das Menschen zu einer passiven Verfügungsmasse degradiert. Daraus kann nicht gefolgert werden, dass die Unterdrückten generell dazu nicht imstande gewesen wären. Auf sie trifft wohl eher Freuds Hinweis zu, dass die Neurose die Realität keineswegs verleugnet, nur nichts von ihr wissen will. Damit war es den Kommunisten mit ihrer dehumanisierenden Propaganda vom »Klassenfeind als Menschenfeind« gelungen, das Gewissen auszuschalten und zu präokkupieren.

Desungeachtet ist nicht alles, was in den vierzig Jahren Diktatur geschehen konnte, allein auf den Mauerbau zurückzuführen, sondern ebenso auf einen historisch antrainierten, geradezu unterwürfigen Gehorsam. Der Mangel, eine Widerstandspflicht in einen faktischen Widerstand umzusetzen, trug wesentlich zu der organisierten Menschenverachtung und zum Hass auf Andersdenkende bei. Auch diesmal ist die Gruppe derer, die eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit leisten, klein, isoliert und einflusslos. Obwohl bereits dreißig Jahre seit dem Ende der SED-Diktatur in Deutschland vergangen sind, wiederholt sich erneut die Unfähigkeit neuer Täter zu einer generellen Schuldanerkennung.⁴⁰ Sie fürchten die Entwertung ihres Lebens, den Verlust ihrer Identität, ihres sozialen Umfelds und ihre familiäre Anerkennung.

Zwar wurden im Prinzipiendekalog (Korb 1) der KSZE Vereinbarungen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissen-, Religions- und Überzeugungsfreiheit festgeschrieben, die in der Schlussakte von Helsinki am 1.8.1975 von allen Ostblockstaaten einschließlich der DDR unterzeichnet wurden, aber diese Vereinbarungen galten als reine Absichtserklärung ohne jegliche Sanktionsmöglichkeit. Die Formulierung der Menschenrechte und der Menschenwürde definierten die Grenzen der Macht und sind doch zugleich auf die Macht angewiesen, um wirksam geschützt werden zu können. Zwar konnten sich widerständige Menschen in Zukunft darauf berufen. Doch die SED setzte ihre Politik der Missachtung von Menschenrechten ungerührt fort, weil sie die Macht dazu hatte.

Viele der einstmals Verstummen und Erstarrten kompensieren den Verlust ihres Gewissens bis heute, indem sie vorgeben, dass es einen anderen,

besseren Sozialismus gibt, den sie zwar nicht definieren können, den zu erlangen es aber lohnte, im Unrecht auszuharren, um es zu reformieren. Ob dies eine »sozialistische Opposition« mit marginal-rechtsstaatlichen Vorstellungen war oder eine System-Opposition, die das strukturierte und ideologisierte Unrecht in toto ablehnte, Widerstand leistete, mag man an der gegenwärtigen Meinungshoheit Ersterer kaum noch erkennen. Dennoch sind und bleiben die Unterschiede trotz aller Bemühungen und auflagenstarker publizistischer Nebelwerfer evident. Als der damalige Bundeskanzler Kohl den Diktator Honecker zum Staatsbesuch nach Bonn einlud und dadurch dessen Regime legitimierte, fühlten sich hunderttausende Verfolgte des SED-Staates verraten. Diese Einladung halte ich für eine politische Fehlleistung. Ein Regime, das nach wie vor auf Menschen »wie auf Hasen schoss«, wie es der in Ostberlin akkreditierte ARD-Journalist Lothar Loewe formulierte, war nun ein honorabler Nachbarstaat. Ein deutliches Zeichen für die Ignoranz und Fehleinschätzung einer Realität, die seit vierzig Jahren in allen Details beschrieben worden war.

Die Hauptverwaltung Aufklärung

Fest steht, dass die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des MfS zwar sehr vieles gewusst, aber wenig bewirkt hat. Gleichwohl sind die psychischen Folgen ihrer Tätigkeit bis heute nicht abzusehen. Wenn solch ein riesiger Apparat viele Jahre auf Hochtouren läuft, ist er nicht einfach zu stoppen. Das wissen nicht nur die Verfolgten, die lange nach dem Ende der massiven Bedrohung ihre Angst und Hilflosigkeit, ihr lebenslanges Trauma weder vergessen noch verbergen können. Nicht vergessen werden darf auch, dass ihre Daten, vor allem die des aktiven Widerstands, im streng geheimen Informationsverbund der Sicherheitsdienste des Ostblocks »SOUND«, aber auch Kubas und Vietnams gespeichert waren. Dessen zentrale Datei wurde vom KGB in Moskau verwaltet. Dort dürften sie noch heute verzeichnet sein. Experten schätzen, dass von den SOUND-Daten insgesamt etwa eine Million Bundesbürger tangiert sein könnten.⁴¹ In Moskau haben die Umwälzungen der 1990er Jahre zwar Verschiebungen in der Struktur der Sicherheitsorgane ergeben, die Spionage, vormalig in der Ersten Hauptverwaltung des sowjetischen Geheimdienstes KGB angesiedelt, jetzt im SWR, ist davon jedoch weitgehend unberührt geblieben.

Schwer lastet das Erbe der DDR-Geheimdienste auf dem wiedervereinigten Deutschland. Der Spionageapparat des Ministeriums für Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung, hatte Orwell'sche Dimensionen und arbeitete ohne jede Kontrolle mit weitreichenden Zwangsbefugnissen, mit menschenver-

achtender Skrupellosigkeit.⁴² Heute leugnen oder minimieren deren Vertreter die kriminellen Unternehmungen des MfS.

Zu ähnlichen Strukturen im NS-Staat schreibt Hannah Arendt: »Das Schlimme war doch, dass die wirklich daran glaubten.« Nach diesem Vorbild verfahren heute die überkommenen Mitglieder und Funktionsträger des MfS, ihrer HVA und den angegliederten Diensteinheiten, indem ihr angeblicher Ehrenkodex ihnen verbiete zu reden.⁴³ Dagegen wurden immer neue Ungeheuerlichkeiten aus dem Schattenreich der Geheimpolizei bekannt: grausame Folterzellen und Verhörpraktiken, Kontakte zu Rechts- und Linksextremisten, Sabotage an Kernkraftwerken, Verschleppungen und inszenierte Unfälle missliebiger Personen, Unterstützung terroristischer Vereinigungen und einer kommunistischen Untergrundarmee, Waffenhandel sowie Inoffizielle Mitarbeiter in allen Bereichen der Zivilgesellschaft. Dass die HVA sich nicht vom MfS abstrahieren lässt, betont ihr früheres Mitglied Günter Bohnsack 1997. Sie war, um mit Engels zu sprechen, Bein von ihrem Beine, und darum weder elitär, unbefleckt noch anders als die ganze Institution. Anderslautende Gerüchte besitzen den Charakter einer Legende.⁴⁴

Letztlich durchdringen sich Abwehr und Aufklärung in den Aktivitäten des MfS, defensive und offensive Arbeiten bedingen und ergänzen sich, denn die Staatssicherheit hat beides zu sein – Schild und Schwert der Partei – ein konstitutives Herrschaftsinstrument, mit dem sie ihre Politik durchsetzen will, im Innern wie nach außen.⁴⁵

In einer Reihe von Untersuchungen sind die Strukturen des MfS und ihrer HVA analysiert worden, der mit viertausend Mitarbeitern größten Diensteinheit des MfS. Aus den zahlreichen Dokumenten und Zeugenaussagen ehemaliger Insider geht eindeutig hervor, dass sich die SED-Geheimpolizei in Organisation und Zielsetzung von westlichen Nachrichtendiensten grundlegend unterschied. Die wichtigsten Merkmale sollen hier kurz erwähnt werden.

Das MfS war nach seinem Statut vom 30. Juli 1969 formell ein Organ des Ministerrats der DDR, ein Sicherheits- und Rechtspflegeorgan zur Sicherung der DDR und somit keiner staatlichen Kontrolle unterworfen. Der Dienstherr und Minister des MfS, Erich Mielke, war ausschließlich dem Generalsekretär der SED verpflichtet. Grundlagen für die Arbeit des MfS boten das Programm der SED, die Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros. Mielke, ab 1976 voll stimmberechtigtes Mitglied im Politbüro, war unmittelbar an den Weisungen der Partei für sein Ministerium beteiligt. Er kontrollierte sich sozusagen selbst. Von der ungebremsten Machtfülle profitierten auch seine Stellvertreter und HVA-Chefs Wolf und Großmann. Mielke lobte die Männer der HVA als »wahre Kundschafter des Friedens.«⁴⁶ Die Agenten, die »zum

Heiraten geschickt« oder zum »vögeln fürs Vaterland«⁴⁷ ins Operationsgebiet abkommandiert wurden, gehörten trotz der vernebelnden Bezeichnung »Kundschafter« oder »IM« zum ganzen Apparat und nicht zu einer Abteilung der Extraklasse, die noch dazu heute vorgibt, durch ihre Aufklärung den Kalten Krieg milder gemacht zu haben.⁴⁸

Wie auf Verratsfälle zu reagieren sei, hat Mielke in einer Dienstbesprechung am 19. Februar 1982 dargelegt. Die Rede, auf Tonband archiviert, offenbart den Geist des mit insgesamt neunzigtausend Mitarbeitern aufgeblähten Mammutapparates: »Wir sind nicht davor gefeit, dass auch mal ein Schuft unter uns sein kann. Wir sind nicht gefeit dagegen, leider. Wenn ich das schon jetzt wüsste, dann würde er ab morgen schon nicht mehr leben, kurzer Prozess. Weil ich Humanist bin, deshalb habe ich so 'ne Auffassung. Dieses Geschwafel von wegen und so weiter nicht hinrichten und Todesurteil, alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil.«⁴⁹

Allein die Diktion des Vortragenden zeugt von der menschenverachtenden und im Wortsinn mörderischen Absicht, die niemand beschönigen oder wegdiskutieren kann. Selten wurde jedoch das Über-allen-Gesetzen-Stehen, wurden die Brutalität und die Skrupellosigkeit dieser Organisation von ihrem – später als Mörder verurteilten – Anführer selbst so offen gekennzeichnet. Mielke wollte abschrecken, weshalb auch die Verschleppungen und Tötungen von »Verrätern« in einer MfS-Richtlinie stets bekanntgegeben und zum Gegenstand einer eingehenden Belehrung gemacht wurden. Eine der Begründung für den allumfassenden Spionageauftrag lautete: »Das Ministerium für Staatssicherheit führt den Kampf gegen die imperialistischen Aggressions- und Diversionshandlungen in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen und mit Unterstützung aufrechter Patrioten. Um die von der Partei- und Staatsführung gestellten operativen Ziele zu erreichen, setzen die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit ihre wichtigste Kraft, Inoffizielle Mitarbeiter, im Kampf gegen die Feinde auch außerhalb der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik ein.«⁵⁰

Eine bemerkenswerte Aussage. Sie ist die theoretische Grundlage für die Mordoperationen des MfS in Verbindung mit der HVA im westlichen Ausland.⁵¹ In Friedenszeiten! Die Chefs der HVA, die Spionagegeneräle Wolf und Großmann, jene Stellvertreter des Gesamtministeriums für Staatssicherheit, konnten für ihr Handeln nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil der Rechtsstaat DDR-Bürger nur nach DDR-Recht beurteilen konnte, oder aus Gründen, die im Rückwirkungsverbot des Einigungsvertrages liegen. Zum Beispiel Menschenraub. Zwischen 1949 und 1964 fielen Wolf rund 400 namentlich bekannte Menschen zum Opfer. Nur im Fall des geflüchteten und von der HVA gekidnappten MfS-Hauptmanns Walter Thräne, der später zu fünfzehn

Jahren Haft verurteilt wurde, konnte die Verantwortung Wolfs gerichtsfest nachgewiesen werden. Wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung wurde er dafür am 27. Mai 1997 zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe von 50 000 D-Mark verurteilt. Dabei wussten die wenigsten Menschen, die Ex-HVA-Chef Wolf als Autor bei Lesungen oder im Fernsehen erlebten, dass es sich bei ihm um einen rechtmäßig wegen Menschenraubes verurteilten Straftäter handelte.

Neben Entführungen und der Beseitigung »feindlich-negativer« Personen beschäftigte sich die Wolf-Truppe mit Anschlägen auf das Leben von Widerständigen und Dissidenten. Behling beschreibt, wie einige von ihnen zu Tode gebracht werden sollten und wurden: durch Sprengstoff, Schüsse, Gift (Wolfgang Welsch), Schüsse (Michael Gartenschläger), Unfall (vermutlich Lutz Eigendorf) und mit radioaktivem Material (vermutlich Jürgen Fuchs).⁵² Kaum einer dieser Fälle unter Beteiligung der HVA war wirklich in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. So kam es im Fall Gartenschläger zu keiner Verurteilung der Todesschützen, weil nicht festgestellt werden konnte, wer von den drei Beteiligten den tödlichen Schuss abgegeben hatte. Auch in den Fällen Fuchs und Eigendorf fehlte es an den (vernichteten) Beweisen. Nur im Fall Wolfgang Welsch gab es gerichtsfeste Beweise und Aussagen von Tatbeteiligten [sic], aus der eine unmittelbare Tatbeteiligung der HVA hervorgeht.

Wo fand das MfS seine willigen Helfer? Wie konnte es diese monströsen Dimensionen annehmen? Hannah Arendt schreibt, dass jedes Volk, was immer seine politische Kultur und seine demokratischen Traditionen seien, in seinem Schoß genügend labile Menschen berge, um einem totalitären System die nötigen Kader zu liefern.⁵³ Damit waren die Angepassten, die Mitläufer, die Wegseher und Weghörer gemeint, die schon den Vollstreckern einer anderen Diktatur ihr Handwerk erst ermöglichten. Durch ihr Nichtstun wurde deren Tun möglich. Die kollektive Amnesie darf aber nicht länger mit ignorantem Unwissen erklärt werden.

Die Bedeutung der Verhinderung von Flucht und Fluchthilfe fand ihren sichtbaren Ausdruck im Vorhandensein der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG), der Hauptabteilung (HA) VI und der Operativdienststelle (OPD) des MfS, einer Diensteinheit des Ministeriums für Staatssicherheit, die keine Mittel scheute, die auch vor Mord nicht zurück schreckte, um die Flucht von DDR-Bürgern zu verhindern.⁵⁴ Deren Chef, Generalmajor Heinz Fiedler, promovierte an der juristischen Hochschule (JHS) des MfS in Potsdam/Eiche mit einer Arbeit über die effiziente Liquidierung von Fluchthelfern und anderen Staatsfeinden.⁵⁵ Die ZKG war die Berührungs- und Nahtstelle zur HVA, mit der die »Kampfaktionen« gegen Gegner im »Operationsgebiet« koordiniert wurden.

Fluchthilfe war demzufolge eine Widerstandshandlung, die dem SED-Staat als höchste Staatsgefährdung galt und daher mit allen Mitteln bekämpft wurde. Dabei wurde auf Propaganda gegen Fluchthelfer ebenso wenig verzichtet, wie auf sogenannte »Kampfmaßnahmen« gegen »kriminelle Menschenhändler« (KMH) oder deren Helfer, »kriminelle Menschenhändlerbanden« (KMHB), wie Fluchthelfer im Stasi-Jargon bezeichnet wurden, die in tschekistischer Semantik »staatsfeindlichen Menschenhandel« betrieben. Mit diesen Wort-hülsen tarnten die sozialistischen Lagerverwalter ihre inhumane Vorgehensweise gegen Fluchthelfer. Sie waren erklärtermaßen Staatsfeinde mit größtem Gefährdungspotential für das System. Flüchtlinge waren der Nagel am Sarg des SED-Staates. Dem MfS galten sie als Todfeinde und Verbrecher, deren Flucht um jeden Preis verhindert werden musste – auch wenn es ihren Tod bedeutete. Deshalb erscheint es logisch, dass alle Fluchtfragen Sicherheitsfragen waren. Und über Sicherheitsfragen entschied einzig und allein das MfS mit weitreichenden Kompetenzen und allumfassender Macht.

Fluchthelfer arbeiteten zumeist vom Territorium der Bundesrepublik. Damit gerieten sie in das Blickfeld der Hauptverwaltung Aufklärung. Die HVA betrachtete sich als Hauptinstrument im Kampf gegen den äußeren Feind, und der »Tschekist« Wolf postulierte vor ausgewählten Führungskadern des MfS: »Die Mitarbeiter der HVA sind Teil einer untrennbaren Kampfgemeinschaft aller Tschekisten; die Hauptverwaltung A ist Teilsystem in einem Gesamtsystem, dem Ministerium für Staatssicherheit.«⁵⁶

So kann es nicht wundern, dass die für Fluchthilfe zuständige Hauptabteilung VI unter Generalmajor Heinz Fiedler mit der HVA unter der Leitung von Generaloberst Wolf, später Großmann, in der Verfolgung und Liquidierung von Fluchthelfern im westlichen Ausland kooperierte. Getreu der MfS-Richtlinie: unterschiedliche Aufgaben – eine Zielstellung. Mal stellte die HVA Logistik zur Verfügung, ein anderes Mal Spezialisten im Auffinden und Töten der Zielpersonen.⁵⁷ Unersetzlich waren die qualifizierten wissenschaftlichen und technischen Informationen, Aufklärung und Logistik, die die Dienstleistungen der HVA für andere Dienstleistungen des MfS im »imperialistischen Ausland« beschaffte. Daten hierzu befinden sich auf der »Rosenholz-Datei«, die nach dem Zusammenbruch des SED-Staates in den Besitz der Amerikaner fiel. Die HVA war sowohl planerisch-organisatorisch als auch personell in Kampfoperationen des MfS eingebunden, insbesondere in diejenigen, die sich mit der Zersetzung oder Vernichtung von aktivem Widerstand oder staatsfeindlicher Gegnerschaft zum SED-Staat im westlichen Ausland befassten. Wenn Spionagegeneral Wolf in seinen Memoiren so tut, als sei er im Grunde nichts anderes als ein Geheimdienstchef, wie ihn auch der Westen habe, dann ist das pure Desinformation eines Tschekisten. Die gesamte DDR-Spionage

diente letztlich der Stabilisierung der Monopolpartei SED und ihres Regimes.⁵⁸ Dafür war vor allem Wolf als langjähriger Spionagechef verantwortlich. Der Höhepunkt seiner Arroganz ist dabei die Äußerung, er habe nur für den Frieden spioniert. Er sagte nur nicht, wessen Frieden er damit jahrzehntelang meinte, nämlich »den ›Frieden‹ der gnadenlosen Unterdrücker der DDR«, wie Richard Meier 1992 schreibt.⁵⁹

Die Spionageabteilung des MfS war zudem ein Instrument zur Destabilisierung der freien westlichen Gesellschaft. Durch den Gesamtauftrag des MfS war sie in Liquidierungsversuche von Staatsfeinden im westlichen Ausland nicht nur ideologisch, sondern auch logistisch und tatsächlich involviert.⁶⁰ Der Historiker Hubertus Knabe weist detailliert nach, wie eng die HVA mit den übrigen Abteilungen in Mielkes Imperium kooperierte, und widerspricht damit den Behauptungen Wolfs.⁶¹ Gerichtsprozesse belegen, dass im wahren Leben über Leichen gegangen wurde, um den Sozialismus zu stärken.⁶² Der nahezu grenzenlose Aufwand für den Sicherheitsapparat, das Fehlen jeglicher rechtsstaatlicher Beschränkung und die enge Verflechtung zwischen äußerer Aufklärung und innerer Repression machten Geheimpolizei und Spionage des SED-Staates zu einem wirkungsvollen Instrument der Machtabsicherung. Die alten MfS/SED-Kader sind dagegen bei ihrem Metier geblieben, dem der Desinformation.

Widerspruchslos führte die Leitung der HVA bis zum Herbst 1989 Befehle des Ministers aus, ohne Einwendungen gegen den, aus professioneller Sicht unvernünftigen, Gebrauch seines Instrumentariums zu haben. Selbst im Oktober 1989 wurden Offiziere der HVA zu Sicherungseinsätzen gegen das aufbegehrende Volk in Dresden und Leipzig geschickt. Wolfs Einwand, von naiven Journalisten kolportiert, die HVA hätte nichts mit dem Schreckensapparat des sonstigen Ministeriums zu tun, dessen stellvertretender Minister er immerhin war, ist schon deshalb falsch, weil die Idee der eigenständigen Auslandsspionage erst Formen annahm, als der SED-Staat sich seinem Ende näherte. Im Übrigen galt bis fast zum Ende des SED-Staates und des Ministeriums für Staatssicherheit die KGB-Maxime des integrierten Geheimdienstes nach dem Motto: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen. In der Sowjetunion hatten sich Experimente mit einem eigenständigen Auslandsnachrichtendienst, wie vorerwähnt, nicht bewährt. Diese von Wolf stets bestrittenen Tatsachen für den SED-Staat vorausgesetzt, lassen die Verwicklung der HVA in Mordoperationen des MfS gegen Gegner der DDR besser einordnen und erscheinen im Kontext der Gesamtaufgaben des MfS transparenter. Zeitweilig hielt das MfS sogar die tschechoslowakische Symbolfigur Jan Palach für die Sicherheit der DDR so gefährlich, dass es Mitarbeiter bestimmter HVA-Dienststellen zur Überwachung der Begräbnisstätte Palachs in Prag-Olšany abkommandierte,

zu der auch DDR-Dissidenten pilgerten. Angesichts der ihn umgebenden Passivität, fünf Monate nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch sowjetische Panzertruppen, hatte der Prager Philosophie-Student Jan Palach am 16. Januar 1969 ein Fanal für die Freiheit gesetzt, indem er sich auf dem Wenzelsplatz in Prag selbst verbrannte. Wie 1415 Jan Hus, der seinem Gewissen treu blieb und lieber verbrannt werden wollte als zu widerrufen, wurde auch Jan Palach zu einem Märtyrer für eine freie Tschechoslowakei, ein Wegbereiter der Gewissensfreiheit. In seinem Abschiedsbrief heißt es: »Da unser Land darvorsteht, der Hoffnungslosigkeit zu erliegen, haben wir uns dazu entschlossen, unserem Protest auf diese Weise Ausdruck zu verleihen, um die Menschen aufzurütteln.«

In einem Interview des »Spiegel« erklärt Wolfs Nachfolger Großmann, dass es einfach nicht stimmen würde, wenn sein Vorgänger Wolf behauptet habe, dieser habe frühzeitig erkannt, dass die DDR nicht mehr zu retten sei, und deshalb seinen Abschied betrieben.⁶³ Relativ unverhohlen bezeichnet er hier seinen Amtsvorgänger als Lügner, der in einem Interview noch behauptet hatte, dass die Tötung von Gegnern bei uns nicht nötig sei.⁶⁴ So kann eine weitere Lüge Wolfs – »Ich war kein Tschekist« – nicht überraschen.

Lügen war eine der tschekistischen Kampfmethoden, die der Ex-KGB Agent und spätere russische Langzeitpräsident Putin 2004 indirekt bestätigte: Einmal Tschekist, immer Tschekist. Keine Amnesie, sondern den Klassenfeind belügen war Teil des Klassenkampfes. Der ehemalige MfS-Offizier der Hauptabteilung IX (Untersuchung) Uwe Karlstedt reagierte auf Äußerungen Großmanns, wonach die HVA nichts mit dem üblichen repressiven Teil der Stasi zu tun gehabt hätte, mit den Worten: »Sein Interview hat bei mir als ehemaliger Mitarbeiter des ›anderen Teils‹ des MfS Wut und Übelkeit zugleich verursacht. Ich wehre mich ganz entschieden gegen die Darstellung von zwei Teilen innerhalb des MfS, dem ach so ehrenhaften Auslandsnachrichtendienst und dem Rest, der für die ›innere Repression‹ zuständig war. Das MfS war ein alles umfassender Krake, der in jeden Lebensbereich der Menschen kroch und zwar arbeitsteilig, aber sehr ›effektiv‹ Hand in Hand arbeitete.«⁶⁵ So wird Großmann mit seiner Aussage auch von einem Mitarbeiter seines eigenen vormaligen Ministeriums als Lügner entlarvt.

Mordpläne gegen Widerständige

Für den Widerstand machte es keinen Unterschied, welche Hauptabteilung des MfS ihn gerade bearbeitete oder wer innerhalb des Gesamtministeriums den Befehl zur Liquidierung gab. Die Historiker haben keine Anhaltspunkte gewonnen, die eine Differenzierung zwischen einzelnen Diensteinheiten des MfS im Sinne von »human« oder »menschenverachtend« zulassen würde. Die HVA macht hierin keine Ausnahme. Der Widerstand beschränkte sich folgerichtig nicht auf bestimmte Diensteinheiten des MfS, auf bestimmte staatliche Institutionen der DDR, sondern richtete sich gegen das Gewaltregime insgesamt. Die Gräueltaten an der Berliner Mauer, an der innerdeutschen Demarkationslinie, die Gewaltbereitschaft des Regimes, die Unterdrückung jeder Regimekritik, die permanente und vorsätzliche Verletzung der Menschenrechte rechtfertigten nahezu jeden Widerstand.⁶⁶ Er ist ein Menschenrecht und zugleich [patriotische] Pflicht des Citoyen, insbesondere des Staatsbürgers eines Landes der Nach-Hitler-Zeit.

1981 ließ das MfS eine zehn Seiten umfassende Anweisung für seine Mitarbeiter unter dem Titel »Einsatzgrundsätze und Hauptaufgaben der Einsatzgruppen im Operationsgebiet« erstellen. Darin wird vorausgesetzt, dass die Mitglieder der Einsatzgruppen »jederzeit aktive Aktionen gegen den Feind und sein Hinterland erfolgreich durchführen können.« Dies galt ausdrücklich auch »unter relativ normalen, friedlichen Bedingungen.« Die Fassung der Einsatzgrundsätze wurde noch 1988 ausdrücklich den veränderten politischen Bedingungen angepasst und abgezeichnet. Sie war also weiterhin und bis zum Ende der DDR in Kraft. Der Autor, Stasi-Oberst Stöcker, führt darin weiter aus, dass es um die Bereitschaft der MfS-Einsatzgruppenmitarbeiter geht, im »Operationsgebiet«, das heißt im nichtsozialistischen Ausland, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, im Sinne der SED auf Befehl – auch gegen Personen – aktiv zu werden, erfolgreiche Aktionen zu führen. Diese Aktionen seien stets »überraschend« und »geheim« durchzuführen und zeichnen sich vor allem durch »die Erreichung maximaler Ergebnisse bei minimalem Einsatz von Kräften und Mitteln aus. Die Durchführung aller Kampfaktionen muss so erfolgen, dass keine Rückschlüsse und Zusammenhänge für den Feind erkennbar werden.«⁶⁷ Konspiration war oberstes Gebot.

Erkennbar wird an dieser Stelle etwas anderes: Für das MfS und damit für die SED war ein nichtsozialistischer Staat in erster Linie immer und überall ein »Feind« und musste auch stets als solcher behandelt werden, ganz gleich, wie die offiziellen politischen Verlautbarungen klangen und welche Verträge gerade galten. Dabei ist ein Unterpunkt der Einsatzgrundsätze »unter relativ friedlichen Verhältnissen«, der nur eine knappe Dreiviertelseite umfasst, der bei

weitem brisanteste. Er enthüllt nämlich, welche Aufgaben die Einsatzgruppen im »Operationsgebiet« während solcher Zeiten hatten, in denen allein schon ihre Anwesenheit dort mit keinem Argument zu rechtfertigen war. Denn weder wurde ja die DDR mit Krieg überzogen noch war sie von einem solchen bedroht. Dennoch verfügten die MfS-Vorgesetzten unter anderem:

- Die Liquidierung oder Beibringung von Verrätern
- Die Liquidierung oder Ausschaltung führender Personen, von Terrororganisationen, deren Tätigkeit gegen die staatliche Sicherheit der DDR gerichtet ist.

Liquidierung wird in einem anderen MfS-Papier aus dem Jahr 1973 definiert als »physische Vernichtung von Einzelpersonen und Personengruppen, erreichbar durch Erschießen, Verbrennen, Zersprengen, Strangulieren, Erschlagen, Vergiften und Ersticken.«⁶⁸

Es sei darauf verwiesen, dass es sich hierbei um Maßnahmen in Friedenszeiten handelte. Mit Blick auf die heute globale Terror-Problematik, unter völlig veränderten Bedingungen und Zielsetzungen, muss klargestellt werden, dass der Begriff »Terrororganisation« damals in der Hauptsache Fluchthilfe und ihre Akteure bezeichnete. Stets bestimmte das MfS willkürlich, wer ein Verräter war, wer verschleppt oder getötet werden durfte. Dabei galt ausschließlich das Ausmaß seiner Gefährdung für die unangefochtene Vormachtstellung des SED-Machtapparates.

Die Vollstreckung im »Operationsgebiet«, vorzugsweise im Westen, oblag dann der HVA oder den von ihr herangeführten Inoffiziellen Mitarbeitern als Tatausführende, durch Informationsbeschaffung, Aufklärung und logistische Unterstützung, getreu den Direktiven Mielkes. Dem Interpretationsspielraum des MfS blieb vorbehalten, eine beliebige Gruppe von Menschen der feindlichen Tätigkeit gegen die Sicherheit der DDR zu bezichtigen. Der Rechtsgrundsatz, dass die Beweislast beim Kläger liegt, wurde in diesem Zusammenhang eklatant außer Kraft gesetzt. Dazu äußerte Honecker nach seinem Sturz 1990: »Ich halte ein solches System nicht nur für hanebüchen, sondern auch geradezu unerhört! Ich möchte sagen, dass es hierzu keine Beschlüsse gab.«⁶⁹ Alle Schuld an der monströsen Aufgeblasenheit, der kriminellen Tätigkeit des MfS, schob er auf Krenz als dem Verantwortlichen für Sicherheit im Zentralkomitee der SED und damit zuständig für das MfS.⁷⁰

Spionagechef Wolf äußerte sich in der Sache ähnlich. »Ich frage mich, wie Menschen, die ihre Augen vor der Deformierung ihrer sozialistischen Ideale nicht mehr verschließen konnten, die von vielen im Namen des Sozialismus unter Stalin und später begangenen Verbrechen wussten, weiter und so lange an diese gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus glauben konnten.«⁷¹

Eine Antwort auf diese Frage, die auch eine Frage nach persönlicher Schuld ist, gab Wolf bis zu seinem Tod nicht. Vielleicht lag es an der Furcht, dann auch einräumen zu müssen, nicht das richtige Leben geführt zu haben, den falschen Idealen gefolgt zu sein. Die Wahrheit seiner Schlussfolgerungen mag dahingestellt sein, denn an anderer Stelle wird er mit dem Satz zitiert: »Tatsächlich wenden Geheimdienste in bestimmten Situationen auch das Mittel der Tötung an. Wir haben in der Auseinandersetzung mit der BRD als unseren unmittelbaren Gegner nie darauf zurückgegriffen« – was durch gegenteilige Beispiele widerlegt worden ist.⁷²

Wenn Wolf in einem Interview behauptet, »dass meinem Dienst und mir persönlich keine Tötung angelastet werden kann, möchte ich allerdings nicht als besonders humanitäres Aushängeschild gewertet sehen. Wir haben es einfach nicht für erforderlich gehalten. Wären wir hingegen in anderen Teilen der Welt aktiv gewesen, etwa im Nahen Osten oder in Südamerika, wäre das vielleicht anders gewesen. Heute kann ich dankbar dafür sein, dass Tötung bei uns nicht nötig war«⁷³, widerspricht er sich nicht nur zum wiederholten Mal, sondern lügt ebenso dreist wie oft. Einmal Tschekist, immer Tschekist. Mit welcher Chuzpe Wolf die Beteiligung »seiner« HVA an dem Scharfschützenanschlag in England 1980 oder dem Giftmordanschlag in Israel 1981 auf mich durch Bereitstellung von Personal und Logistik bestreitet, grenzt an pathologische Amnesie. Offensichtlich versteht auch er sich als Humanist vom Schlag eines Mielkes, der, sofern nötig, Mord als Mittel der Wahl durchaus anerkennt, als Tschekist darüber aber nicht spricht. Seiner Auffassung nach haben die »Bürger der BRD« einfach nur Glück gehabt: Entweder galten sie bei der HVA als so dumm und ungefährlich, dass ein Mordanschlag als *ultima ratio* nicht nötig erschien, um Gefahr von der DDR fernzuhalten, oder die sozialistischen Internationalisten machten bei aller Solidarität mit den Geknechteten dieser Erde und aller vielberufenen Völkerfreundschaft zum Trotz doch Unterschiede zwischen dem Wert des Lebens eines ihnen kulturell und historisch nahestehenden Mitteleuropäers und desjenigen eines »Halbwilden« irgendwo »im Busch«. Die kriminelle HVA-Abteilung im terroristischen Biotop des MfS mordete jedenfalls wie selbstverständlich auch anderswo, wenn dies aus Nützlichkeits-erwägungen geboten erschien. Es folgte sowohl den ständigen Mordaufrufen des kriminellen Anführers Mielke, der sich »Armeegeneral« nennen durfte, als auch den so genannten »Sicherheitserfordernissen« des MfS und insbesondere der zu verteidigenden Machtelite der SED. Sie waren die *conditio sine qua non* ihrer Realpräsenz und daher von zentraler Bedeutung.

Mit der ausdrücklichen Ermächtigung von Diensteinheiten zur Arbeit außerhalb der DDR erging zwar kein Freibrief für jedwede Operation in fremden Staaten; die Ermächtigung beschränkte sich auf »vorgangs- und

personenbezogene« Sachverhalte, die zum ureigensten Bereich der jeweils gestellten Abwehraufgabe zählten. In der Praxis freilich – wie im Einzelnen noch zu zeigen sein wird – konnte diese Beschränkung in teilweise erheblichem Maße umgangen werden.⁷⁴

Die sogenannten »menschlichen Quellen«, auch Agenten oder Informanten, sind ein wichtiger Bestandteil des manisch weitgefassten Sicherheitsbegriffs von Diktaturen und ursächlich dafür, dass alle normalen Proportionen beim Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter gesprengt werden, um die eigene Bevölkerung mit einem flächendeckenden Netz von Informanten zu überziehen.

In einer Dienstanweisung des MfS heißt es: »Es gibt kaum eine politisch-operative Aufgabe zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung der subversiven Angriffe des Feindes und damit zur Gewährleistung der Sicherheit unserer gesellschaftlichen Ordnung, die ohne den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern und ohne Erarbeitung von Informationen durch sie in hoher Qualität zu erfüllen ist.«⁷⁵

Die SED interpretierte jeden Versuch, sich ihrer »Fürsorge« zu entziehen, als feindlichen Akt und erhöhte sukzessive die Repression.⁷⁶ Nach außen gab man sich liberal und weltoffen – nach innen restriktiv und diktatorisch. Je brüchiger und gefährdeter das Regime, umso größer die Tendenz zur totalen Kontrolle im Innern und umso größer die Neigung, politische und gesellschaftliche Defizite mit den repressiven Mitteln des Sicherheitsapparates zu kompensieren. So verwundert nicht, dass selbst IM von anderen IMs bespitzelt, kontrolliert und, wenn nötig, bedroht worden sind. Das gesamte Spitzel- und Überwachungssystem trug deutliche Züge paranoiden Verfolgungswahns, wie das Zitat eines geheimen Schreibens zum Ausdruck bringt: »Ich muss mit allem Nachdruck deshalb darauf hinweisen, dass ehemalige IM versucht haben, Rückverbindungen zu Mitarbeitern des MfS oder zu IM aufzunehmen. Hauptzielstellung des BND ist, in das MfS einzudringen.«⁷⁷ Mielke frohlockte über jeden Mord an Gegnern des Systems: »Und Genossen, es geht! Wir haben noch nicht verlernt, wie der Feind zu bekämpfen ist. Das beweist der Abschluss des OV ›Rabe«. Die Feinde konnten – wie ich bereits gesagt habe – innerhalb kürzester Zeit liquidiert werden.«⁷⁸

Man kann die Liste der versuchten und gelungenen MfS/HVA-Morde erweitern. Stellvertretend dafür sprechen der ZOV »Skorpion«, der OV »Rabe« und andere Mordoperationen eine deutliche Sprache.

Die Stasi ist heute zwar entmachtet, doch ihr Gift und ihre Lügen wirken weiter. Der Rechtsstaat steckt in einem Dilemma, weil er mit seinen Mitteln das Handeln des Unrechtsstaates DDR nicht aufarbeiten kann. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 1995 hatte die Frage der Strafbarkeit und Verfolgbarkeit früherer Mitarbeiter und Agenten des MfS und des

militärischen Nachrichtendienstes der DDR wegen ihrer zuvor gegen die Bundesrepublik Deutschland und die NATO-Partner gerichteten Spionage- und »Operativ«-Tätigkeit zu beantworten. Dabei stellte es fest, dass diese Handlungen zur Tatzeit nur nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland strafbar, nach dem Recht des Handlungsortes, also der DDR, dagegen nicht mit Strafe bedroht waren. Diese doch sehr merkwürdige, man kann auch sagen, ignorante, lebens- und wirklichkeitsfremde Rechtsprechung, hat dazu beigetragen, dass sich die Täter mit ihren Taten in öffentlichen Erklärungen und geschichtsverzerrenden Büchern heute spreizen und behaupten, sie wären unschuldig. Dieses Urteil ist ein schwerer Schlag gegen die Opfer der Diktatur, gegen die Verfolgten des Widerstands. Schließlich gab es eine ganze Reihe von Straftaten, die auch nach DDR-Recht mit Sanktionen belegt waren. Darunter zum Beispiel die Vorbereitung zum Mord und generell Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Karlsruher Spruch trägt weder zum Rechtsfrieden bei, noch verschafft er den Vorgenannten Gerechtigkeit. Ich werde dieser Problematik mit dem Verweis auf *ius cogens* später noch einmal im Kapitel »Vergangen, Vergeben, Vergessen« (S. 256f.) nachgehen.

Zu einer nennenswerten Strafverfolgung gegen den Spionageapparat der DDR, der Teil des MfS-Repressionsapparates war, ist es nie gekommen, auch nicht im Embargobereich, weder bei ostdeutschen noch bei westdeutschen Mitätern. Die meisten Verfahren gegen Offiziere und Oibe im Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) des MfS wurden ebenso eingestellt wie gegen Offiziere und Oibe des Bereichs »Operative Psychologie« der MfS-Hochschule Potsdam-Eiche, die die Methoden für deren Strategien lieferten. Von den zumeist wohl-dotierten Urhebern der Mordpläne gegen den Widerstand ganz zu schweigen.

Die öffentliche Larmoyanz steht in einem merkwürdigen Widerspruch zur Gleichgültigkeit gegenüber den Verfolgten, Widerständigen und Opfern in Literatur und Gesellschaft, indem das Zeugnis der Traumatisierten verkleinert oder ausgeschlossen wird, weil sie den Scheinfrieden stören. Doch gerade für sie ist die scheinbare Sinnlosigkeit des Schmerzes ein zentrales Thema, weil sie über die aufsteigenden Schuldgefühle nicht sprechen können. Der Prozess des Zeugnisablegens ist aber der Kampf gegen das Vergessen.